

Regionalkonferenz in Bornstedt zum Thema Abwanderung

„Netzwerke statt Gießkanne“ heißt die Förderdevise im Land

Von Maik Schulz

Bornstedt. Die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt stand am Mittwoch in Bornstedt im Mittelpunkt einer Regionalkonferenz. Das Ministerium für Landesentwicklung und Bau hatte Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft aus Magdeburg, dem Bördekreis und dem Jerichower Land zu diesem Workshop geladen, um über Herausforderungen und Strategien zu diskutieren.

Sinkende Einwohnerzahlen, eine sich veränderte Altersstruktur und Abwanderung – der demografische Wandel hat viele Facetten, hinterlässt Spuren in fast allen Bereichen der Gesellschaft und wird das Land noch Jahrzehnte beschäftigen. Was kann das Land im Zusammenspiel mit den Kommunen tun? Darüber diskutierten am Mittwoch Ministerialbeamte mit der kommunalen Basis. Es geht um Haltefaktoren, um die Abwanderung zu bremsen, um Anpassung an die sich verändernde Realität und die Erarbeitung von Gegenstrategien. Staatssekretär André Schröder erläuterte: „Anpassung heißt, sich auf die sich verändernde Bevölkerungszahl und -struktur strategisch einzustellen und vorausschauend zu handeln. Dazu gehört auch das Ziel der Schaffung vergleichbarer Lebensqualität in allen Regionen des Landes. Die Infrastruktur im ländlichen Raum muss angepasst werden.“ „Dabei sind Aspekte zumutbarer Wege und die Sicherstellung von Mindeststandards beispielsweise für den Zugang zu Behörden, zu Bildung, zu Kultur, zu sozialen Einrichtungen und zum Einzelhandel entsprechend dem Bevölkerungswandel zu berücksichtigen“, erklärte Wilfried Köhler,



Referatsleiter Wilfried Köhler, (stehend) eröffnete die Regionalkonferenz in Bornstedt.
Foto: Maik Schulz

Referatsleiter im Bauministerium. Die Bornstedter Runde suchte Antworten auf die Fragen: Wie können wir soziale Infrastruktur erhalten und anpassen? Sind öffentliche Dienstleister für Bürger und Unternehmen in ausreichendem Umfang erreichbar? Sind sektorübergreifende und dezentrale Lösungen zielführend?

Erklärte Absicht der Landesentwickler ist die zukünftige Stärkung der Zentren. Dazu gehören nicht nur die Großstädte und Ballungszentren, auch die kleinen und mittelgroßen Städte und ebenso die so genannten Grundzentren sollen zukünftig eine größere Rolle spielen.

Staatssekretär Schröder betonte, dass zukünftig bei der Bereitstellung von Fördermitteln klassifizierte Siedlungsschwerpunkte von Landesseite vorrangig in den Genuss öffentlicher Förderung kommen werden. „Eine Gemeinde, die über das nötige Geld verfügt,

kann in der Regel bauen, was sie will. Nur: Werden öffentliche Gelder beantragt, ziehen die Kriterien der Landesentwicklung, wie sie im Entwurf des Landesentwicklungsplans 2010 festgeschrieben werden sollen.“ Beispiel dafür wäre das Instrument der Schulbauförderung. So genannte Demografie-Checks werden zukünftig immer öfter ein wesentliches Kriterium der öffentlichen Förderung sein. „Netzwerke statt Gießkanne“, brachte es Schröder formelhaft auf den Punkt. Bezüglich der Haltefaktoren ergänzte Wilfried Köhler: „Es gilt unter anderem das große Plus der Kinderbetreuung weiter zu stärken, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. In Sachen Schulen sind wir uns mit dem Kultusministerium einig, dass das derzeitige Schulnetz nicht weiter ausgedünnt werden darf. Ebenso muss die Infrastruktur weiter ausgebaut werden. Und Hochschulen sind ein Magnet für potenzielle Zuwanderer in unser Land.“